



Nr. 100 / 5. Mai 2019

## **„All In“ gegen muslimischen Antisemitismus – Abschlussveranstaltung des ersten Projektdurchlaufes im Jüdischen Museum Rendsburg**

**Sechs Monate Workshops zur jüdischen Geschichte, Religion und Kultur, zu Rassismus und Antisemitismus: Heute (Sonntag) endet in Rendsburg der erste Durchlauf des Projektes „All In“ des Landesbeauftragten für politische Bildung, der Zentralen Beratungsstelle für Migrantinnen und Migranten e.V. und des Jüdischen Museums Rendsburg, das sich an junge Migranten und Geflüchtete richtet. Bei der Abschlussveranstaltung im Jüdischen Museum, die Parlamentspräsident Klaus Schlie und der Landesbeauftragte Christian Meyer-Heidemann eröffneten, stellten die Teilnehmer die Ergebnisse der letzten Monate vor.**

2018 startete „All In – Transkulturelles Netzwerk für zivilgesellschaftliches Engagement Jugendlicher gegen Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit in Schleswig-Holstein“ für Migranten mit und ohne deutschen Pass sowie Geflüchtete zwischen 18 und 27 Jahren. Ziel des Projektes: Durch Wissensvermittlung und interkulturelle Sensibilisierung zum Holocaust sollen Vorurteile bei geflüchteten Jugendlichen abgebaut und Antisemitismus dadurch präventiv begegnet werden.

„Muslimischer Antisemitismus ist ein Problem – so wie Antisemitismus überhaupt ein Problem ist, das in unserer Gesellschaft allgegenwärtig ist“, sagte Landtagspräsident Schlie bei der Eröffnung der Veranstaltung. „Eines möchte ich an dieser Stelle deutlich machen: Antisemitismus selbst hat keinen Migrationshintergrund. Er zieht sich quer durch alle Bevölkerungsschichten.“ Gemeinsam sei allen Antisemiten mangelnde Bildung und mangelndes Wissen, so Schlie. „Darum müssen wir intensiv daran arbeiten, Vorurteile abzubauen und stattdessen Brücken der Toleranz zu errichten. Zentraler Schlüssel dafür ist die Wissensvermittlung.“ Genau hier setze das Projekt „All In“ an, lobte der Parlamentspräsident.

Auch Meyer-Heidemann verwies auf die weite Verbreitung von Antisemitismus. „Wie Studien seit Jahren belegen, reicht er bis in die Mitte der Gesellschaft hinein. Wir brauchen deshalb Bildungsangebote für alle Bürgerinnen und Bürger, nicht nur in Schulen“, hob der Landesbeauftragte hervor. „Politische Bildung kann zu einer Begegnung mit dem jüdischen Leben, zu einem Dialog zwischen den Religionen und einem friedlichen und toleranten Miteinander beitragen.“